

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2.30 M., vierteljährlich 6.90 M., durch die Post 7.20 M. (bzw. 14.10 M., wenn Geld wird besonders erhoben). Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 5515 und 5516. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 22 mm breite Zeile 40 Pf.; anderwärts: 75 Pf. bzw. 1.00 M., Ausland 2.— bzw. 3.— M. Rabat lt. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 528

Mittwoch, 10. November 1920.

74. Jahrgang

Die Ruhegehälter der Altpensionäre.

Dem Reichstage liegt das Pensionergesetz nunmehr vor, welches beruht auf der Idee, die das zurzeit in Geltung befindliche Gesetz gegenüber einer großen Anzahl im Dienste des Staates als gewordener Männer aufzuheben, zu mindern. Die Kategorie dieser Männer umfasst alle jene, die vor dem 1. April 1920 in den Ruhestand getreten sind. Ein verhältnismäßig sehr geringfügiger Teil der Pensionäre genießt somit die Wohlthaten des neuen Pensionierungsgesetzes. Die Not der Altpensionäre ist groß. Man braucht weiter keine Worte darüber zu verlieren, denn das weiß doch ein jeder, daß die Bezüge aus der Vorkriegszeit für heutige Verhältnisse ganz und gar unzureichend sind. Am Erwerbsebenen ist dieser Tatsache auch allwärts Rechnung getragen und die Bezüge der Arbeiter aller Berufe haben sich vervielfacht.

Am besten sind die ungelerten Arbeiter gestellt, deren Durchschnittseinkommen im Monat früher 135 M. betrug, das aber heute auf 850 M. befristet. Hingegen vernünftigerweise ein pensionierter Major mit 30 Dienstjahren, es kommt also ein Mann von über fünfzig Lebensjahren in Betracht, an Ruhegehalt im Monat 320 M. Es ist kein Geheimnis, daß die große Masse der früheren Offiziere nur über bescheidene Vermögensverhältnisse, die in sehr vielen Fällen im Laufe der Jahre erheblich sich verminderten, da das bezogene Gehalt nicht mit den Ausgaben, die der Stand erforderte, im Einklang stand. Das neue Pensionierungsgesetz will nun der Notlage der Altpensionäre Rechnung tragen. Da das Gesetz demnach im Reichstage nur Verhandlung kommt, ist es wohl anzunehmen, daß die wichtigsten Verbesserungen, die der Wehrmacht entfällt, hier einer Betrachtung zu unterliegen. Die „N. N.“ melden darüber:

1. Jeder Altpensionär erhält — mit rückwirkender Kraft bis zum 1. April 1920 — einen Pensionauszuschuß. „Er beträgt 50 v. H. des Unterschiedsbetrags zwischen der gesetzlichen und der tatsächlichen Pension, die sich ergeben hätte, wenn der Beamte oder Offizier bei seinem Ausscheiden aus der Armee von ihm befreit worden wäre.“

Witwen und Waisen der Altpensionäre, sowie der vor dem 1. April 1920 verstorbenen aktiven Offiziere und Beamten erhalten zu ihren Hinterbliebenenabgaben einen in gleicher Weise errechneten Zuschuß von 50 v. H.

2. Neben der Pension, dem Wartegeld und den Hinterbliebenenabgaben werden Kinderzuschläge gewährt und zwar für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahre monatlich 40 M., bis zum 14. Lebensjahre 50 M. und bis zum 21. Lebensjahre 60 M.

3. Sämtlichen Altpensionären und Hinterbliebenen wird ein Teuerungszuschlag in Höhe der Hälfte des letzten Betrags gewährt, den der Beamte oder Offizier zu dem zuletzt bezogenen Dienstverdienst nach Maßgabe des § 17 des Pensionierungsgesetzes vom 30. April 1920 als Teuerungszuschlag erhalten hat oder den er erhalten hätte, wenn er bei seinem Ausscheiden aus der Armee von ihm befreit worden wäre. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann auf Antrag über die Hälfte bis zur vollen Höhe des Betrags hinausgezogen werden.

4. Pensionäre, die aus Anlaß des Krieges 1914—1918 im aktiven Heere oder als Beamte im Reichsdienst verwendet worden sind, erhalten nach Beendigung der Verwendung eine nach Maßgabe ihrer nunmehr verlängerten Dienstzeit berechnete Pension. Neben der Pension von 45/60 des der Pensionberechnung zugrunde gelegten Dienstverdienstes findet jedoch eine Steigerung nicht statt. Berücksichtigt wird nur die Dienstzeit vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918. Hat die Verwendung ununterbrochen mindestens 2 Jahre gedauert, so wird die Dienstzeit auch dann um ein Jahr erhöht, wenn durch die Zeit der Verwendung ein weiteres Dienstjahr nicht vollendet ist.

Eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Altpensionäre wird, wenn der Entwurf Gesetzeskraft erlangt, somit eintreten. Der Willkür hätte es aber entsprochen, wenn man den Altpensionären die gleichen Rechte einräumte hätte, wie den Beamten und Offizieren usw., die nach dem 1. April 1920 in Pension gegangen sind. Diese Gleichstellung der Altpensionäre wird aber mit der Motivierung abgelehnt, daß ihre Durchführung die Reichskasse unentbehrlich belasten würde. Es ist nun nicht einzusehen, daß die Rechte der Angehörigen eines Standes mit ungleichem Maß gemessen werden.

Der im Staats- oder Kommunaldienst verwandte frühere Offizier bekommt seine Pensionberechnung gekürzt im Verhältnis zu dem aus der neuen Stelle fließenden Einkommen. Es bedarf kaum eines Hinweises, daß auch diese Kürzung unannehmlich auf die heutigen Verhältnisse nicht mehr zutreffen und einer Durchsicht ganz entschieden bedürfen.

Das Zwangspensionierungsgesetz.

Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung beschloß am 6. November u. a. mit dem Zwangspensionierungsgesetz der Beamten. Die Deutsche Volkspartei hat die Grundzüge eines solchen Gesetzes anerkannt, um der Überalterung der Beamten und der Überanforderung der jungen Beamten vorzubeugen. Abgeordneter Vollmann brachte dies auch wiederum im Hauptausschuß zum Ausdruck und wies dabei auch auf die Härten und Bedenken hin, die in dem Entwurf enthalten sind. Am Abende beschloß er sich die Stellung seiner Fraktion vor bis zur weiteren Beratung des Gesetzes im Plenum.

Kundgebung für König Konstantin.

10. Athen, 10. Nov.

Die Parteien der Opposition haben gestern eine Kundgebung veranstaltet, an der die Einwohner des Paros und Umgebung teilnahmen. Die Anhänger von Venizelos haben sich von jeder Gegenkundgebung ferngehalten. Rallis, Gounaris und Stratos hielten Ansprachen an die Menge und erklärten, sie müßten Konstantin als den rechtmäßigen König betrachten. In der Stadionstraße kam es zu Ausschreitungen der Menge gegen die Polizisten. Ein Gendarm wurde getötet, ein anderer schwer verletzt; ein Gendarmerieadjutant und einige Bürger wurden mißhandelt.

Jouhaux im Ruhrgebiet.

Paris, 8. Nov. Der Arbeiterführer Jouhaux teilte in der Sitzung des Nationalrates der C. G. T. über die Ergebnisse der im Ruhrgebiet von Vertretern der Gewerkschaften internationalen perantasteten Enquete mit, daß die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebietes beklagenswert seien. Er habe sich von dem elenden Zustand der Kinder überzeugt. Die gesamte jüngere Generation sei unterernährt. Es fehle ihr an den notwendigen Gegenständen, namentlich aber an Milch. Jouhaux sagte, es sei Pflicht der internationalen Gewerkschaften, auf Sicherstellung ausreichender Ernährung der Genossen im Ruhrgebiet zu dringen. Der Nationalrat schloß schließlich eine Resolution vor, die gegen eine eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes protestiert, und in der die elende Lage der Bevölkerung, namentlich aber die unter den Jugendlichen herrschenden Krankheiten, geschildert werden. Heute soll über die Resolution abgestimmt werden.

Frankzösische Kammer.

Stürmische Sitzung.

10. Paris, 9. Nov.

Die Kammer hat gestern ihre Arbeiten wieder aufgenommen. Sie beschäftigte sich mit einem von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Bewilligung der Kredite für die Jubiläumssfeier der Republik, die Ueberführung des Herzogs von Cambridge nach dem Pantheon und die Beisetzung eines unbekannten, im Kriege gefallenen Soldaten. Der Sozialist Brade sprach sich gegen den Gesetzentwurf aus. Die Regierung wolle das fünfzigjährige Jubiläum der Republik zum Ruhm des Generalstabes gestalten. Hieraus entsand ein ungeheurer Lärm und eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Rechten und der Linken. Die Sozialisten wollten den Nationalisten Baudouin nicht reden lassen, sodas Präsident Poincaré genötigt war, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung trat Ministerpräsident Poincaré für den Antrag der Regierung ein, der schließlich auch angenommen wurde. Die nächste Sitzung der Kammer findet am Samstag statt. Die Kammer hat entgegen dem Vorschlag der Regierung beschlossen, an die Spitze der Tagesordnung den Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan zu stellen. Auch der Senat ist heute Vormittag wieder zusammengetreten.

Frankreich und die deutschen Zahlungen.

In der französischen Kammer wurde gestern über den Vorschlag des Staatsbankrottgesetzes für 1921 debattiert. Dabei erklärte der Finanzminister Marjall, die Ausgaben der von Deutschland erhaltenen Zahlungen, welche sich auf 15 1/2 Milliarden Franken belaufen, die Minister erklärte, diese Summe solle nur eine vorläufige Veranschlagung dar. Die Regierung werde, ohne zu wanken, auf Durchführung aller Verpflichtungen bestehen, die von Deutschland unterzeichnet worden sind.

Streikbereitschaft der französischen Bergarbeiter.

Paris, 9. Nov. Nach einer Meldung aus Lille haben die Bergarbeiter beschlossen, sofort alle erforderlichen Maßnahmen für den Streik zu treffen, den sie erklären wollen, wenn ihre Lohnforderungen nicht befriedigt werden.

Mostauer Finanzjunkfide.

Moskau, 9. Nov. Ein Dekret des Rates der Volkskommissare schafft sämtliche Zahlungen für wirtschaftliche Leistungen des Staates ab. Hierunter fallen auch die Ausgaben für Gas, Elektrizität, Wasser und Telefon und die Kosten für öffentliche Bauten. Spätestens am 1. Jan. werden die Zahlungen für den Passagier- und Güterverkehr abgeschafft.

Die Hungersnot in China.

London, 9. Nov. Einer Peking-Meldung der „Times“ zufolge erstreckt sich die Hungersnot in China über ein größeres Gebiet, als man bis jetzt geglaubt hat. 58 Millionen Menschen litten Mangel, 14 Millionen seien vom Hungertode bedroht.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Eine Einigung in Sicht?

Am heutigen Mittwoch wird in Berlin der vereinigte Kohlenausschuß des Reichswirtschaftsrats und des Reichskohlenrats zusammentreten um den Einigungsvorschlag des Unterausschusses entgegenzunehmen.

Wie aus dem Ruhrgebiet verlautet, ist es dem von dem Reichswirtschaftsrat eingesetzten Unterausschuß für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, der in der vorigen Woche mehrere Tage lang in Essen über die Frage beraten hat, gelungen, zu einem Einigungsvorschlag zu kommen. In diesem Unterausschuß saßen drei Unternehmer, an deren Spitze Hugo Stinnes, und drei Bergarbeiter, von denen zwei Sozialisten sind und einer dem christlichen Bergarbeiterverband angehört (Zimbush). Wenn diese Nachricht sich bewahrheitet, würde die Lösung dieser Lebensfrage für die gesamte deutsche Volkswirtschaft um ein großes Stück nähergerückt sein.

Brot, Zucker, Milch.

Im Hauptausschuß des Reichstages erhaltete Reichsminister für Ernährung Dr. Hermann Verhilt über den Stand der Versorgung. An inländischem Getreide waren bis zum 8. November abgeliefert 622 073 Tonnen, gegen 1 Million Tonnen im Vorjahr und gegen 1 900 000 Tonnen im Jahre 1918. In der Zahl von 1918 stehen allerdings auch die Zahlen für Bayern und die besetzten Gebiete. Die Ablieferung, so stellte der Minister fest, sei in den letzten Wochen stark zurückgegangen. An Auslandsgetreide seien heute bereits 802 000 Tonnen gekauft; es seien noch 1,6 Millionen Tonnen zu kaufen. Die reine Brotversorgung wäre bis Mitte März gesichert. Die Zufüsse des Reiches zur Niederhaltung des Brotpreises müßten vorerst noch beibehalten werden. Die Rationierung könne vorerst nicht aufgehoben werden. Der Ertrag an Getreide sei gesunken. — Nach einer Berliner Meldung der „Frk. Ztg.“ wird in Rationierungskreisen der Plan erwogen, vom 1. April n. J. ab die Zwangsbewirtschaftung der Milch aufzuheben.

Niederlande.

Zum Tode Kuypers.

Dr. Kuypers, einer der hervorragendsten politischen Schöpfer Hollands, war ursprünglich latovistischer Bricker und ging schließlich zur Journalistik und Politik über. Er war der Gründer der freien, d. h. latovistisch-konstitutionellen Universität in Amsterdam, die von ihm geleiteten Grundzüge der antirevolutionären Partei akademisch vertritt. Kuypers war längere Zeit holländischer Ministerpräsident, Mitglied des holländischen Oberhauses und trotz seines hohen Alters Chefredakteur der Tageszeitung „De Standdaard“. Der Verstorbenen war stets ein Verehrer unserer Heimat, ein Bewunderer deutscher Kraft im vergangenen Weltkrieg. Mit ihm, der zu wiederholten Malen auch vom Deutschen Kaiser ausgezeichnet worden war, ist einer der treuesten Freunde deutschen Wesens dahingegangen.

Deutsch-Oesterreichs Anschluß.

G. Wien, 7. Nov.

Bei dem Begräbnisabend der Hauptversammlung des Hilfsvereins für Deutschböhmen und die Sudetländer unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. v. Langenhahn sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Mittelmann. Er gab zur Anschlußfrage die Erklärung ab, daß es in dieser Frage im Deutschen Reich keine Zweifel gäbe. Deutschland, so sagte Dr. Mittelmann, öfnet freudig seine Arme für Deutsch-Oesterreich wie eine Mutter ihrem Kinde. Deutsch-Oesterreich und Deutschland müssen eins werden. (Stürmischer Beifall.) — Gewisse Zeit kann vergehen, bis das Selbstbestimmungsrecht sich durchsetzt. Gegenwärtig ist der Schmutz der Sieger noch an groß. Dr. Mittelmann verwies auf die Reichstagsrede des Ministers Dr. Simons vom 20. Oktober, in der er der Deutschen in Tschechien gedankt. Der Redner wandte sich gegen die Ausführungen des deutschen Gesandten in Prag bei der Eröffnung der Prager Messe. Gute Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien seien wünschenswert, aber nur möglich, wenn die Tschechen aufhörten, die deutschen Schulen zu sperren, die deutsche Sprache zu unterdrücken, die deutschen Rekruten zu mißhandeln und den Deutschen alle Freiheiten zu rauben. Alle Deutschen im Reich fühlten die Schmach mit, die den Deutschen in Tschechien angetan werde. Das deutsche Volk sei augenblicklich ohnmächtig, aber jeder Deutsche müsse der angebliche Sohn seines adoptierten Vaterlandes sein. Wir dürfen die Hoffnung nicht sinken lassen, sondern müssen auf die deutsche Zukunft glauben. Dr. Mittelmann schloß mit den Worten: Wir wollen das Wort nicht brechen, nicht lügen werden, nicht predigen und sprechen vom heiligen Deutschen Reich. Stürmischer Beifall folgte der anhängenden Rede. Es sprach dann noch Landeshauptmann Preußner und Salzbrunn über die Notwendigkeit des Anschlusses zur Befreiung der Sudetendeutschen. Abgeordneter Straßner über Deutsch-Südtirol. Der Prager Abgeordnete Schindler schilderte die deutschen Leiden in Tschechien. Er betonte, daß die Deutschen aktiven Widerstand zu leisten beginnen und ausstehen werden, bis eine künftige politische Lage die Befreiung bringt.

